

# Parteienfinanzierung: Die Schweiz gerät unter Druck des Auslands

Die Anti-Korruptions-Gruppe des Europarats untersucht die Parteienfinanzierung in der Schweiz. Hier seien die internationalen Richtlinien nicht erfüllt, sagen Experten.

**Lukas Häuptli**

Wer finanziert die Parteien in der Schweiz? Sind es die Mitglieder? Sind es die Lobbyisten, die im Gegenzug verlangen, dass die Parteien ihre Interessen vertreten? Sind es die Schwereichen, welche die Parteien in ihrem Sinn steuern? Die Fragen werden seit Jahren gestellt – und bleiben seit Jahren unbeantwortet. Parlamentarische Vorstösse für eine Offenlegung von Zahlungen an Parteien und Politiker werden so zahlreich eingereicht wie abgelehnt.

Jetzt aber gerät die Schweiz unter Druck des Auslands: Die Greco, die Anti-Korruptions-Gruppe des Europarats, untersucht zurzeit, ob die Schweiz die europäischen Standards zur Parteienfinanzierung erfüllt. Die Standards wurden 2003 erlassen und sehen eine Deklarationspflicht für Zahlungen an Parteien, Wahl- und Abstimmungskampagnen vor.

Der erste Teil des sogenannten Länderexamens hat bereits stattgefunden, wie Adrian Sollberger, Sprecher des Departements für auswärtige Angelegenheiten, sagt. Der Bund habe im Februar einen Fragenkatalog zum Thema beantworten müssen. Im zweiten Teil würden Greco-Experten Mitte Mai die Schweiz besuchen und Abklärungen vor Ort treffen. Schliesslich solle im Dezember ein Bericht mit Ergebnissen und Empfehlungen erscheinen.

Experten des Bundes gehen aber bereits jetzt davon aus, dass die Schweiz die Richtlinien des Europarats nicht erfüllt – und dass das Folgen hat. «Die Überprüfung des Europarats ist für die Schweiz von besonderer Bedeutung, da sie zu den wenigen Mitgliedern gehört, die über keine Gesetzgebung in Sachen Finanzierung von Parteien und Wahlkampagnen verfügen», schreibt die Arbeitsgruppe «Korruptionsbekämpfung» des Bundes in einem Bericht, der am Mittwoch veröffentlicht worden ist. Spätestens nach den Empfehlungen des Europarats stelle sich die Frage, ob «die Besonderheit der Schweiz» den Verzicht auf eine Gesetzgebung in diesem Bereich rechtfertige. Und: «Im Moment ist die Arbeitsgruppe skeptisch, was die internationale Akzeptanz einer solchen Ausnahme betrifft.»

Die Schweiz ist seit 1963 Mitglied des Europarats und hat 2006 dessen

Anti-Korruptions-Abkommen ratifiziert. Seither hat sie sich zwei Länderexamen der Greco unterzogen; das laufende ist das dritte und betrifft erstmals Fragen der Parteienfinanzierung. Kommt die Schweiz den Greco-Empfehlungen nicht nach, drohen Sanktionen, etwa Interventionen und Rügen.

Unabhängig von der Überprüfung durch den Europarat hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein Gutachten zur Parteienfinanzierung in Auftrag gegeben. Dieses soll im Juli vorliegen.